

Zur Preiserhöhung für Brennstoffe.

Aus den Kreisen der Kohlen-Industrie wird uns geschrieben:

„Zeitungsberichte entnehmen wir, daß auch der Vorstand des Deutschen Städtetages zum Schutze der Verbraucher von Hausbrandkohlen und der Bezieger von Gas und elektrischem Strom sich gegen Erhöhung der Kohlenpreise in Eingaben an das preussische Handelsministerium und an das Reichsamt des Innern gewandt hat. Aus der Tatsache, daß das Kohlenyndikat zurzeit den Bechen Vergütungen gewährt, während vor dem Kriege die Bechen umgekehrt eine Umlage an das Kohlenyndikat gezahlt haben, bestreitet die Eingabe die Notwendigkeit einer Erhöhung der Kohlenpreise.

Es ist erklärlich, daß Kohlenverbraucher sich gegen Preiserhöhungen von Brennstoffen, zumal in gegenwärtiger Zeit, wenden und daß dagegen alle möglichen Gründe ins Feld geführt werden. Verfehlt ist aber der in der erwähnten Eingabe eingenommene Standpunkt. Für die Preisbildung kann neben wirtschaftspolitischen Rücksichten ausschließlich die Selbstkostenfrage bestimmend sein. Die Verrechnung zwischen Kohlenyndikat und seinen Mitgliedern ist rein organisatorischer Art und hat mit den Selbstkosten nichts zu tun. In Ober- und Niederschlesien, an der Saar und im Racher Bezirk werden besondere Vergütungen an die Bechen nicht geleistet, und aus welchem Grunde bestreitet der Vorstand des Deutschen Städtetages den Bechen in jenen Revieren ihre Forderung nach Preiserhöhungen?

Daß die Selbstkosten eine Steigerung der Brennstoffpreise rechtfertigen, ist unanfechtbar. Hierfür sind dem Minister für Handel und Gewerbe einwandfreie Unterlagen aus den verschiedenen Kohlenrevieren vorgelegt worden. Schon an Hand der Nachweisung der fiskalischen Kohlengruben wird der Minister die Ueberzeugung gewinnen, daß die gestiegenen Selbstkosten Preiserhöhungen gebieterisch erheischen.

Aber auch wirtschaftspolitische Rücksichten fordern Preiserhöhungen. Die Hauptfrage ist die ausreichende Versorgung der Bevölkerung und aller Gewerbe mit dem erforderlichen Brennmaterial. Denn die größten Schwierigkeiten für unser Volk würden aus dem Mangel an Brennstoffen erwachsen, nicht aus Kohlenpreisen, die den Einzelnen und auch Kommunen zwar belasten, sie aber nicht Mangel an Wärme, Licht und Kraft empfinden lassen.

Wir möchten vor dem Irrtum warnen, durch niedrigere Preise oder gar Höchstpreise die Bevölkerung zu schützen. Es ist eine alte Erfahrung, daß einheitliche Höchstpreisfestsetzungen für eine Ware mit wesentlichen Qualitätsunterschieden, wie bei mineralischen Brennstoffen, den Konsum nur schädigen und die Produktion erheblich benachteiligen. Wenn die Bechen nicht auskömmliche Preise erhalten — und das ist der Fall, wenn die Kohlenpreise nicht erheblich erhöht werden —, so können auch die Löhne der Bergarbeiter nicht erhöht werden. Dann ist aber eine Abwanderung der Leute in andere Gewerbe zu befürchten und hiermit ein Sinken der Förderung, was wiederum zur Folge hätte, daß der Bedarf an Brennstoffen nicht lückenlos gedeckt werden kann. Eine gesunde Produktionspolitik muß aber unter heutigen Verhältnissen in den Vordergrund gerückt werden.

Es würde zu weit führen, für diese Produktionspolitik noch weitere Gründe hier anzuführen. Sie gipfeln alle in der Notwendigkeit einer Preissteigerung. An entscheidender Stelle sind die Dinge so eingehend erörtert worden, daß wir vertrauen, diese Stelle werde für ihr richtiges Maß volles Verständnis finden.“

* * *

Nachdem wir wiederholt den Standpunkt vertreten haben, daß eine Steigerung der Selbstkosten allein eine Kohlenpreiserhöhung nicht rechtfertigen würde, wenigstens nicht jetzt, nachdem die meisten Kohlenbechen so erhebliche Gewinne erzielt haben, daß sie ihre Dividenden prozentweise gegenüber dem Vorjahre erhöhen konnten, wird man abwarten müssen, ob der preussische Handelsminister aus dem ihm unterbreiteten Material tatsächlich die Ansicht gewonnen hat, daß eine Kohlenpreiserhöhung unbedingt notwendig ist. Bekommen die Bechen keine höheren Kohlenpreise, so heißt es in der vorstehenden Zuschrift, so erhalten die Arbeiter keine höheren Löhne. Danach sollen also die Kohlenverbraucher auch für die höheren Löhne aufkommen, und

es soll der Glaube erweckt werden, als ob die Erhöhung der Kohlenpreise in erster Linie im Interesse der Arbeiter liege. Derartige Forderungen mit schiefer Beweisführung sollte man doch jetzt, wo das Volk unter der Preissteigerung aller Lebensmittel schwer zu leiden hat, lieber nicht stellen. Jedenfalls darf erwartet werden, daß der preussische Handelsminister wenigstens zu einer Erhöhung der Hausbrandkohlen seine Zustimmung nicht geben wird. D. Schriftl.